

1 **Antragsnummer: D2**

2

3 **Antragstellerin:** Juso-Landesvorstand

4 **Adressatinnen:** Juso–Bundeskongress, SPD-Landesparteitag

5

6 **Gesetzlicher Mindestlohn - den Spielball auffangen**

7

8 **Antrag:** In Deutschland soll ein Mindestlohngesetz eingeführt werden, welches folgende
9 Regelungen enthalten soll:

10

11 • Gültigkeit für alle auf im Rechtsgebiet der Bundesrepublik Deutschland
12 ausgeführten Arbeiten

13 • Es soll keine Ausnahmeregelungen für bestimmte Gruppen, z.B. Jugendliche,
14 geben

15 • Fixierung eines gesetzlichen absoluten Stundenmindestlohn, welcher Gültigkeit
16 für alle geleisteten Arbeiten haben soll

17 • Der absolute Stundenmindestlohn muss so hoch sein, dass damit ein
18 Vollzeitarbeiter und ein Kind ohne zusätzliche staatliche Hilfe leben kann

19 • Der Stundenmindestlohn soll jedes Jahr in Höhe der Inflationsrate und
20 Einkommensentwicklung erhöht werden

21 • Daneben soll ein branchenspezifischer und regionsspezifischer Mindestlohn
22 eingeführt werden, welcher für alle branchenspezifischen Arbeiten Gültigkeit
23 haben soll

24 • Dieser branchenspezifische Mindestlohn soll von den Tarifpartner ausgehandelt
25 werden

26 • Der branchenspezifische Mindestlohn soll auch Arbeits- und Urlaubszeiten
27 umfassen können, sowie Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld
28 und andere tarifrechtliche Regelungen

29 • Der branchenspezifische Mindestlohn soll gesetzlich garantiert werden und daher
30 auch für Arbeitsverhältnisse gelten, welche sich tariflichen Vereinbarungen nicht
31 unterworfen haben

32 • Die Bestimmungen dieses Gesetzes werden Bestandteil jedes deutschen
33 Arbeitsvertrags

34

35 Daneben soll die Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union dahinwirken, dass
36 auch europaweit ein gleicher Mindestlohn eingeführt wird, der sich an den oben postulierten
37 Forderungen maßgeblich orientiert.

38

1 Wir Jusos fordern, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zügig voranzutreiben,
2 auch wenn wir wissen, dass damit nicht die Auswirkungen der Agenda 2010 kompensiert
3 werden können.

4

5 **Aktuelle politische Diskussion**

6 Seit August letzten Jahres diskutieren PolitikerInnen, Gewerkschaften und
7 UnternehmerInnen über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die Debatte war
8 entbrannt, nachdem SPD-Chef Müntefering die Gewerkschaften aufgefordert hatte, einen
9 Vorschlag zum Mindestlohn vorzulegen, um die neuen Zumutbarkeitskriterien nach dem
10 Hartz-IV-Gesetz abzufedern. Danach müssen Langzeitarbeitslose künftig jede Arbeit
11 annehmen, auch wenn die Bezahlung 30 Prozent unter dem Tariflohn liegt. Konkret ist der
12 Vorschlag als Kompensation für die sozialen Härten der aktuellen Neuregelung der
13 Arbeitsmarktgesetzgebung unterbreitet worden. Der SPD-Führung ist wohl klar, dass mit der
14 Neujustierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Weg in eine vertiefte Spaltung entlang
15 der Achse Arm-Reich eingeschlagen wird. Der durch Hartz IV verschärfte Druck auf
16 Arbeitslose, nicht-existenzsichernde Niedriglöhne annehmen zu müssen, soll nun mit einem
17 Mindestlohn abgemildert werden.

18 Doch innerhalb der SPD und der Gewerkschaften herrscht große Uneinigkeit und die
19 anfangs für Herbst 2004 zugesagte Entscheidung über die Einführung eines gesetzlichen
20 Mindestlohns rückt in weite Ferne. Bis zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 2006 ist wohl
21 nicht mehr mit gesetzlichen Lohnvorgaben für die ArbeitgeberInnen zu rechnen.

22 So lehnt Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement gesetzliche Mindestlöhne strikt ab,
23 der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnenfragen, Ottmar
24 Schreiner, drängt dagegen auf eine baldige Einführung. Erst im November vergangenen
25 Jahres sind Gespräche zwischen den Gewerkschaften und der SPD gescheitert. Die Partei
26 entschuldigt dies gerne mit Hinweis auf den gewerkschaftsinterner Streit: Verdi und die
27 Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) verlangen einen gesetzlich festgelegten
28 einheitlichen Mindestlohn, einige VertreterInnen der IG Metall und die IG Bergbau-Chemie-
29 Energie (IGBCE) fürchten dagegen um ihre Tarifautonomie. Der zweite Vorsitzende der IG
30 Metall, Berthold Huber, sprach sich jedoch erst kürzlich für den Mindestlohn aus. Er
31 befürchtet mit Blick auf die geplante EU-Richtlinie zur Liberalisierung des
32 Dienstleistungsmarktes einen «gnadenlosen Unterbietungswettkampf».

33 Franz Müntefering hatte eine Einigung der Gewerkschaften als Voraussetzung für eine rot-
34 grüne Initiative erklärt. Die Gewerkschaften dagegen machen Streitigkeiten innerhalb der
35 Regierung für die Verzögerungen beim Mindestlohn verantwortlich. «Wenn wir gesehen

1 hätten, dass es eine ernsthafte Initiative der Regierung gibt, dann hätten wir uns auch
2 geeinigt», sagte IG-Metall-Tarifexperte Armin Schild zum Streit innerhalb des DGB.

3 Die Vermutung liegt nahe, dass das Vorgehen Münteferings lediglich als
4 Ablenkungsmanöver gesehen werden kann, nachdem der SPD-Spitze die Proteste gegen
5 Hartz IV im Sommer letzten Jahres über den Kopf wuchsen und man die ständigen Querelen
6 mit den Gewerkschaften satt hatte.

7

8 **Funktionen des Mindestlohns**

9 Ein Mindestlohn muss ein Existenz sicherndes Auskommen ermöglichen, das
10 sozialversicherungspflichtig ist, nicht von staatlichen Zuschüssen abhängig ist und über dem
11 Niveau der Sozialhilfe liegt, und er muss auch einen Anreiz geben, in die Erwerbsarbeit zu
12 gehen.

13

14

15 **Argumente für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns**

16

17 Diese Absicherung nach unten ist nötig, weil der Dumpingwettbewerb im Lohnbereich
18 ausufernde Ausmaße annimmt. Tariflöhne auf oder unter Sozialhilfeniveau bekommen
19 mittlerweile 12% der Beschäftigten in Deutschland, Ostdeutschland ist hiervon
20 überproportional stark betroffen.

21 So verdient beispielsweise ein Frisör/ eine Frisörin in Ostdeutschland für eine Stunde
22 Haarschneiden 3.31 Euro brutto (360 Euro netto monatlich) und ist so abhängig von
23 zusätzlicher staatlicher Unterstützung zum Beispiel durch Wohngeld.

24 Solche Dumping-Löhne, meist zwischen 3 und 6 Euro brutto pro Stunde, findet man häufig
25 bei HilfsarbeiterInnen, Wachdiensten oder beim Verkaufspersonal. Generell sind in den
26 traditionellen Niedriglohnsektoren überdurchschnittlich Frauen tätig.

27 Und durch Hartz IV und die verschärften Zumutbarkeitsregeln für Arbeitssuchende ist der
28 Spielraum insgesamt geschrumpft. Die absolute Untergrenze für Löhne markierte bisher die
29 Sozialhilfe, künftig ist es das Arbeitslosengeld II.

30 Vor allem im Bereich niedriger Löhne haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren, auch
31 wegen der Lohnkonkurrenz aus Osteuropa, ihre Gestaltungsmacht verloren. Es droht die
32 Gefahr einer Ausfransung des Tarifsystems: Immer mehr Firmen treten aus den
33 Tarifverbänden aus. Die Gewerkschaften schaffen es längst nicht mehr, überall
34 existenzsichernde Löhne durchzusetzen. Nun sind die Gewerkschaften auf die
35 Unterstützung vom Staat angewiesen.

36

1 Durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns kann der Lohndruck von den
2 Arbeitssuchenden genommen werden. Doch dies gilt nur, wenn der Mindestlohn für alle
3 ArbeitnehmerInnen gilt, und sich beispielsweise Jugendliche nicht mit einer Sonderregelung
4 abfinden müssen, die eine Entlohnung unter dem Mindestlohn erlaubt. Ebenso muss es
5 einen differenzierten Mindestlohn geben, der auf branchen- und regionenspezifische
6 Unterschiede Rücksicht nimmt. Nur so kann vermieden werden, dass der Lohn der
7 ArbeitnehmerInnen, deren derzeitiger Tarif-Mindestlohn über dem künftigen gesetzlichen
8 Mindestlohn liegt, herabgesetzt wird. Als Minimum-Mindestlohn soll ein Satz von 7,50 Euro
9 pro Stunde gelten. Ebenso muss der Mindestlohn jährlich der allgemeinen
10 Einkommensentwicklung und der Inflation angepasst werden.

11 Da zu befürchten ist, dass die Neuregelung durch Arbeitszeitverlängerung oder Kürzung des
12 Urlaubanspruchs seitens der ArbeitgeberInnen teilweise umgangen wird, ist ein verstärktes
13 Arbeitsrecht und eine Kontrolle der Durchsetzung des Mindestlohns notwendig.

14
15 Einige Gewerkschaften lehnen einheitliche Mindestlöhne ab, da sie sie als Eingriff in die
16 Tarifautonomie werten und fordern stattdessen branchenbezogene Lösungen der
17 Tarifparteien. Hier wird behauptet, die Gewerkschaften seien stark genug, um ein
18 ausreichendes Lohnniveau durchzusetzen. Dies stimmt nur bedingt: Die GegnerInnen eines
19 Mindestlohns im ArbeitnehmerInnenlager gehören fast alle zu den starken Gewerkschaften
20 in Branchen mit vergleichsweise hohen Löhnen und einer starken Tarifbindung wie der
21 Metall- und Elektroindustrie. Die BefürworterInnen kommen hingegen aus dem
22 Dienstleistungsbereich (z.B. Verdi), wo Niedriglöhne schon heute weit verbreitet sind und die
23 Tarifbindung teilweise sehr gering ist, z.B. bei Haushaltshilfen oder in Call-Centern. Hier
24 würde ein gesetzlicher Mindestlohn für Verbesserungen sorgen.

25 Um dieses Dilemma zu lösen, soll der

26

27 **Internationaler Vergleich**

28 Während die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland kontrovers
29 diskutiert wird, gibt es solche Regelungen in vielen anderen Ländern bereits.

30 In 18 der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in drei Kandidatenländern
31 existieren bereits nationale Mindestlöhne. Der Mindestlohn wird von den Regierungen der
32 Länder üblicherweise nach Konsultation der Sozialpartner festgelegt und hat Gesetzeskraft.
33 Er gilt in der Regel in der jeweiligen Volkswirtschaft für alle ArbeitnehmerInnen und alle
34 Berufe. Einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn von mindestens 1000 Euro monatlich gibt
35 es neben Luxemburg auch in den Niederlanden, in Belgien, Frankreich, Großbritannien und
36 Irland. Zwischen 471 und 605 Euro beträgt der Mindestlohn in Griechenland, Malta, Spanien,

1 Portugal und Slowenien. Knapp vor dem Schlusslicht Lettland rangieren Litauen, die
2 Slowakei, Estland, Polen, Ungarn und Tschechien sowie Bulgarien, Rumänien und die
3 Türkei. In diesen Ländern reicht der Mindestlohn von 61 bis 240 Euro pro Monat. Die sieben
4 EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Österreich, Italien, Schweden, Finnland, Dänemark und
5 Zypern schreiben keine Mindestlöhne vor. Dagegen gibt es auch in den USA Mindestlöhne.
6 Der geltende Satz beläuft sich auf Bundesebene auf umgerechnet 727 Euro. In einigen US-
7 Bundesstaaten liegen die Mindestlöhne darüber.

8 Eine Vorreiterrolle im Bezug auf den Mindestlohn spielt Frankreich: Um den Menschen
9 wenigstens einen minimalen Lebensstandard zu sichern, wurde in Frankreich 1950 per
10 Gesetz ein Mindestlohn eingeführt, der *salaire minimum national interprofessionnel garanti*
11 (*Smig*). Seine Höhe richtete sich damals nach der Zugehörigkeit zu gesetzlich festgelegten
12 geographischen Zonen, die als unterschiedlich teuer galten. Entsprechend wurde der erste
13 Mindestlohn für den Großraum Paris - die teuerste Gegend Frankreichs - auf 78 Francs
14 (11,89 Euro), für die Region mit den niedrigsten Lebenshaltungskosten auf 64 Francs
15 festgelegt. Zwei Jahre später versuchte die Regierung Antoine Pinay, den *Smig* durch ein
16 weiteres Gesetz der allgemeinen Preisentwicklung anzupassen. Den heute gültigen
17 Mindestlohn, der jährlich der Lohn- und Preisentwicklung angepasste *Smic* (*Salaire minimum*
18 *interprofessionnel de croissance*), führte 1970 Premierminister Jacques Chaban-Delmas ein.
19 Unter der konservativen Regierung von Jean-Pierre Raffarin wurde er 2003 und 2004 um
20 insgesamt 11,4 Prozent auf aktuell 7,61 Euro pro Stunde erhöht. Für weniger darf kein
21 Arbeitnehmer ab 18 Jahren angestellt werden, egal in welchem Bereich er tätig ist. Der *Smic*
22 gilt für rund 2,6 Mio. Menschen in Frankreich - gut 14 Prozent aller französischen
23 Angestellten. Der größte Anteil der *Smic*-Empfänger kommt heute aus dem
24 Dienstleistungssektor, vor allem aus Einzelhandel, Hotellerie und Gastgewerbe. In der
25 Industrie wird der Mindestlohn vor allem im Nahrungsmittelsektor gezahlt. Frauen bekommen
26 zwei Mal so oft *Smic* wie Männer. Häufig sind die spöttisch "*Smicard*" genannten
27 MindestverdienerInnen in kleinen und mittleren Betrieben angestellt, oft mit Teilzeit- oder
28 befristeten Verträgen, oft ist der Mindestlohn mit Nacht- und Wochenendarbeit verbunden.

29 Auch wenn in Deutschland kein nationaler Mindestlohn existiert, gibt es allgemein
30 verbindliche Mindestlöhne auf Basis von Tarifverträgen. Solche Mindestlohn-Tarifverträge
31 gelten zur Zeit im Bau-, Abbruch- und Abwrackgewerbe sowie im Maler, Lackierer- und
32 Dachdeckerhandwerk. Diese Verträge schreiben auch tariflich nicht gebundenen und
33 Beschäftigten ausländischer Unternehmen verbindliche Mindestlöhne vor, um gleiche
34 Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Solche Verträge sind auch für das Elektrohandwerk
35 geplant.

1 Mit einem branchen- und regionenspezifischen Mindestlohn mit Minimum-Niveau bei 7,50
2 Euro läge Deutschland zwischen Großbritannien und Frankreich. In Großbritannien liegt der
3 Mindestlohn zurzeit bei 7,27 Euro, in Frankreich bei 7,61 Euro.

4

5

6 angenommen abgelehnt überwiesen an: _____